

BEKANNTMACHUNG

Planfeststellungsverfahren gem. § 18 AEG i. V. m. § 73 VwVfG für das Vorhaben: Bf. Nordholz: Verlängerung des Außenbahnsteiges der Verkehrsstation, Bahn-km 216,100 der Strecke 1310 Bhv-Speckenbüttel – Cuxhaven in der Gemeinde Wurster Nordseeküste im Landkreis Cuxhaven

I.

Die DB Station&Service AG, Rundestraße 11 in 30161 Hannover hat für das o. g. Vorhaben die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) beim Eisenbahnbundesamt, Außenstelle Hannover, Herschelstraße 3, 30159 Hannover beantragt. Anhörungsbehörde ist die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 41 „Planfeststellung“, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover.

Für das Vorhaben besteht keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 5 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 3 und 4 i.V.m. § 7 Abs. 1, Abs. 5, Anlage 3 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Im Rahmen dieses Zulassungsverfahrens hat das Eisenbahnbundesamt eine Vorprüfung des Einzelfalles (Einzelfalluntersuchung) durchgeführt, um zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Dies wurde verneint. Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar. Ihre Begründung nach § 5 Abs. 2 UVPG kann unter https://www.eba.bund.de/DE/Themen/Planfeststellung/planfeststellung_node.html im Bereich „Screening“ eingesehen werden.

Für das Bauvorhaben einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke in der Gemarkung Nordholz beansprucht.

Die vorliegende Planung umfasst die Verlängerung des Bahnsteiges Nordholz in Richtung Cuxhaven. Der Vorhabenträger DB Station&Service AG plant die Nutzung von längeren Zügen. Es sollen Fahrzeuge der Größenordnung eines LINT54 in Dreifachtraktion zzgl. Bremsungengenauigkeit am Bahnsteig halten können. In der künftigen Bahnsteignutzlänge von 170 m ist zudem eine Toleranz für künftige Fahrzeugentwicklungen in Höhe von rund 7 m enthalten.

Darüber hinaus soll die Beleuchtung und die Bahnsteigausstattung sowie das Wegeleitsystem ergänzt werden. Eine barrierefreie Ausstattung gemäß Stationen Kategorie 6 ist ebenfalls Bestandteil dieses Projektes.

Die vorliegenden Planunterlagen enthalten:

- Erläuterungsbericht (Unterlage 01),
- Übersichtskarten und Pläne (U 02),
- Lagepläne (U 03),
- Bauwerksverzeichnis (U 04),
- Grunderwerbspläne (U 05),
- Grunderwerbsverzeichnis (U 06),
- Bauwerkspläne (U 07),
- Baustelleneinrichtungsplan (U 08),
- Fotodokumentation (U 09),
- Kabel- und Leitungsplanunterlagen (U 10),
- Schalltechnische Untersuchung (U 11),
- Landschaftspflegerischer Fachbeitrag mit Artenschutzfachbeitrag (U 12).

II.

(1) Die Planfeststellungsunterlagen können in der Zeit vom

22.03.2021 bis zum **21.04.2021** (einschließlich)

auf der Internetseite <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> eingesehen werden. Die Auslegung der Unterlagen erfolgt in elektronischer Form aufgrund des § 3 Abs. 1 Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG).

Daneben liegt auch ein Auslegungsexemplar im Rathaus I Dorum, Zi 21, der Gemeinde Wurster Nordseeküste, Westerbüttel 13, 27639 Wurster Nordseeküste nach vorheriger Terminabsprache unter der Tel. 04742 87115 zur Einsicht aus.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann sich zu der Planung äußern. Die Äußerung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Anerkannte Vereinigungen nach § 3 UmwRG erhalten durch die öffentliche Planauslegung Gelegenheit zur Einsicht in die dem Plan zu Grunde liegenden (einschlägigen) Sachverständigen-gutachten; sie können Stellungnahmen zu dem Plan abgeben, soweit sie durch das Vorhaben in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt werden.

Die Äußerungen (Einwendungen und/oder Stellungnahmen) sind bis einschließlich zum **06.05.2021** schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeinde Wurster Nordseeküste oder der Niedersächsi-schen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 41 - Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76A, 30453 Hannover zu erheben.

Vor dem **22.03.2021** eingehende Einwendungen und Stellungnahmen werden als unzulässig zu-rückgewiesen. Einwendungen müssen eigenhändig unterschrieben sein. Eine E-Mail erfüllt die ge-setzlich vorgeschriebene Schriftform nicht.

Einwendungen und Stellungnahmen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beru-hen, sind nach Ablauf der vorgenannten Einwendungsfrist ausgeschlossen (§ 73 Abs. 4 VwVfG).

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin/ ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin/ Vertreter anzugeben. Es darf nur eine einzige Unterzeichnerin/ ein einziger Unterzeichner als Vertreterin/ Vertreter für die jeweiligen Unterschriftenlisten bzw. gleich lautenden Einwendungen genannt werden. Vertreterin/ Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Ande-renfalls können diese Einwendungen gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben.

(2) Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung der Äußerungen verzichten (§ 18a Nr. 1 AEG). Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden dieje-nigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, bzw. bei gleichförmigen Eingaben die Vertreterin/ der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt wer-den (§ 73 Abs. 6 S. 4 VwVfG).

In dem Termin kann bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden.

(3) Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstat-tet.

(4) Über die Zulässigkeit des Vorhabens sowie die Einwendungen und Stellungnahmen entscheidet nach Abschluss des Anhörungsverfahrens das Eisenbahnbundesamt (Planfeststellungsbehörde).

Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwenderinnen/ Einwender und diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 74 Abs. 5 Satz 2 VwVfG).

III.

Vom Beginn der Auslegung des Planes an tritt die Veränderungssperre nach § 19 Abs. 1 AEG in Kraft.

Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Vorhabenträger ein Vorkaufsrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu (§ 19 Abs. 3 AEG).

Hinsichtlich der Informationen nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) wird auf das bei Auslegung den Planunterlagen vorangestellte Merkblatt zur Datenverarbeitung im Planfeststellungsverfahren verwiesen. Diesem Merkblatt sind die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, ihre Speicherdauer sowie Informationen über die Betroffenenrechte nach der DS-GVO im Planfeststellungsverfahren zu entnehmen.

Der Text dieser Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite www.wurster-nordseekueste.de unter dem Reiter „Veröffentlichungen“ eingesehen werden.

Gemeinde Wurster Nordseeküste

Gemeinde



Marcus M.

Unterschrift